

5. Juli 2021

Stellungnahme zum

Konsultationsentwurf für neue Klima-, Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (KUEBLL) vom 07.06.2021

Trianel GmbH

Transparenzregister-Nr.: 194195843361-94

Vorbemerkung:

Zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele (55% bis 2030 gegenüber 1990) und der Klimaneutralität in der EU ist der im Rahmen des Green Deals eingeschlagenen Dekarbonisierungspfad konsequent fortzuführen und der Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Wir unterstützen daher das Vorhaben der EU-Kommission, die Beihilfeleitlinien neu an den Vorgaben des Green Deals auszurichten.

Kommunale Unternehmen haben sich in Deutschland als Treiber der Energiewende erwiesen und sind weiterhin bereit, in zukunftsfähige und CO₂-arme Technologien zu investieren. Hierfür benötigen Sie, wie alle Marktteilnehmer, ein ausreichendes Maß an Planungssicherheit. Den Konsultationsentwurf vom 07.06.2021 befürworten wir grundsätzlich, zumal neue Beihilfekategorien zur Unterstützung innovativer CO₂-Reduzierungspotenziale eingeführt werden, die eine Unterstützung durch staatliche Beihilfen bedürfen.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir jedoch auch auf unsere nachfolgenden **Handlungsempfehlungen und Verbesserungsvorschläge** lenken, verbunden mit der Bitte, diese zu berücksichtigen.

Anmerkungen zu dem Konsultations-Entwurf vom 07.06.2021 im Einzelnen:

- Eine **Reform der KMU-Definition** ist dringend erforderlich, da sonst kleine und mittlere Unternehmen mit kommunalen Beteiligungen, die ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele leisten, von den Möglichkeiten der Beihilfeleitlinien ausgeschlossen und ohne Förderoptionen drastisch eingeschränkt werden (1.1 Definitions, Kap. 2.4).
- In den Leitlinien sollte berücksichtigt werden, dass auch **Investitionen in Brückentechnologien** benötigt werden. Es ist richtig, das Zielbild mit Maßnahmen zu unterlegen, dennoch sollte auch die Brücke dorthin nicht aus dem Blick geraten.
- Beihilfen sollten für einen **Geltungszeitraum** von mindestens 10 Jahren ermöglicht werden, um Planungs- und Investitionssicherheit zu ermöglichen.

- **Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss vorangetrieben werden.** Das Instrument einer „endogenen Reduzierung“ bei unterzeichneten Ausschreibungen, also eine Reduzierung der auszuschreibenden Mengen, ist nicht zielführend, da es keine Anreize zur Teilnahme an einer Ausschreibung gesetzt werden. Vielmehr sollte durch Erleichterungen und Verbesserungen im Planungs- und Genehmigungsrecht, die Entwicklung neuer Projekte befördert und die Teilnahme an Ausschreibungen durch eine Bezuschlagung nahe den Höchstpreisen angereizt werden (1.1. Comaptibility Assessment, Kap. 3)
- **Zum Aufbau einer europäischen Wasserstoffwirtschaft- und -infrastruktur** sind enorme Investitionen erforderlich. Um die Ziele der EU-Wasserstoffstrategie (6 GW Elektrolyseleistung bis 2024 und mind. 4 GW bis 2030) erfüllen zu können, sollten die neuen Beihilfeleitlinien die hier zum Anschub erforderliche staatliche finanzielle Unterstützung ermöglichen.
- **Die Anerkennung neuer Förderinstrumente wie “Contracts for Difference” in den neuen Beihilfeleitlinien** ist zu begrüßen, um die Dekarbonisierung der Industrie zu befördern.
- Investitionen in Erdgasanlagen, durch die CO₂ eingespart wird und die in zunehmendem Maße mit EE-Gasen oder Wasserstoff betrieben werden können, sollten beihilfeberechtigt sein (1.1, Kap. 4.2.4.2).
- **Die Einführung einer neuen Beihilfekategorie für saubere Mobilität ist zu begrüßen**, gefördert werden sollten über staatliche Beihilfen die Elektromobilität ebenso wie die Erzeugung und Nutzung von CO₂-armen, erneuerbarem Wasserstoff im Verkehrssektor (Aid for clean mobility 1.4.2.43).
- **Kapazitätsmechanismen stellen nicht zwangsläufig eine staatliche Beihilfe dar**, da sie der Gewährleistung von Versorgungssicherheit dienen (Aid for the security of energy supply, Kap. 4.8). Die Teilnahme von Anlagen an Kapazitätsmechanismen sollten von den Mitgliedsstaaten an Klima- und Umwelteigenschaften geknüpft werden dürfen, dahingehend, dass Anlagen mit einem besonders hohen CO₂-Ausstoß ausgeschlossen werden.
- Eine **Weiterentwicklung des Gassektors durch die verstärkte Einbeziehung klimaneutraler Gase (u.a. Wasserstoff und EE-Gase)** ist zur Erreichung der klimapolitischen Ziele erforderlich (Aid for energy infrastructure, Kap. 4.9), so dass der Aufbau der benötigten Infrastruktur ebenfalls durch staatliche Beihilfen unterstützt werden sollte.
- **Der Ausstieg aus der Kohleverstromung stellt insbesondere die Betreiber, die in hocheffiziente junge Steinkohlekraftwerke investiert haben, vor die große Herausforderung**, dass sie sich an dem Aufbau einer CO₂-armen Energieinfrastruktur in Deutschland und Europa nur dann adäquat beitragen können, wenn sie eine **angemessene Entschädigung** für ihre im Vertrauen auf die Politik getätigten Investitionen erhalten. Zumal ihnen keine Möglichkeit geboten wird, wenigstens ihre Investitionskosten zurück zu verdienen. **Es ist daher richtig, dass die neuen Beihilfeleitlinien es den Mitgliedsstaaten ermöglichen sollen, die Betreiber nach einer Einzelfallbetrachtung durch die EU-Kommission angemessen zu entschädigen**, , um die entgangenen Gewinne und weitere Zusatzkosten der Betreiber zu entschädigen (Aid for coal, peat and oil shale closure (Kap. 4.12). Hierbei dürfen die **Betreiber von jungen Steinkohlekraftwerken nicht** gegenüber den Betreibern von Braunkohlekraftwerken **diskriminiert werden**, da sie sich ebenso an den neuen Vorgaben des Green Deals neu ausrichten und

neue Geschäftsfelder aufbauen. **Erhebliche Eingriffe in grundrechtlich geschützte Eigentumspositionen sind zu vermeiden, die aufgrund verfassungsrechtlicher Grundsätze auszugleichen sind.**

- **Um zudem erhebliche Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollten die staatlichen Hilfen und die Anerkennung beihilfefähiger Kosten für eine frühzeitige Schließung der Kraftwerke sowie die Hilfen für besondere Kosten den Betreibern von Braunkohlekraftwerken und den Betreibern junger Steinkohlekraftwerke gleichermaßen zu Gute kommen. Zumal die Anlagen der Betreiber von Braunkohlekraftwerken meist bereits abgeschrieben sind.**
- Von einer nachträglichen Anpassung der Entschädigungsberechnungen ist abzusehen, sofern die Entschädigung später als ein Jahr nach Stilllegung der Anlage erfolgen, um Planungssicherheit zu ermöglichen.

Kontakt: Trianel GmbH, Krefelder Str. 203, 52070 Aachen

Silvia Bauer

Senior Adviser European Policy

Trianel GmbH

Phone: +49 16098962878

E-Mail: s.bauer@trianel.com

Alexander Land

Head of Corporate Communication and Energy Policy

Trianel GmbH

Phone: +49 175 5805740

E-Mail: a.land@trianel.com